

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

93 (7.8.1947)

Paris, 6. August. (Dena-INS). Die Antworten auf die Fragebogen des europäischen Wirtschafts-Kooperationsausschusses sind, wie ein Sprecher dieses Ausschusses bekanntgab, nunmehr von allen sechzehn Staaten sowie von dem Oberkommandierenden der französischen Besatzungszone in Deutschland eingetroffen.

Die Fragebogen sollen einen Überblick über die Hilfsquellen und Bedürfnisse eines jeden Landes, das sich an dem Europa-Programm beteiligt, geben. Der Kooperationsausschuss errichtete eine „Zentrale Gruppe“ um auf Grund der vorgeschlagenen Marshall'schen Plan auszustatten die Grundlage für diesen Plan sollen die Antworten der Fragebogen darstellen.

Die Antwort des Oberkommandierenden der amerikanischen und britischen Besatzungszone wird ebenfalls in Kürze erwartet. Man zweifelt jedoch, dass der Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungszone den Fragebogen beantworten wird.

Sowjetzone läßt Fragebogen unbeantwortet
Paris, 6. Aug. (Dena-INS). Der sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland, Marschall Sokolow, hat eine Beantwortung des Fragebogens über die wirtschaftlichen Hilfsquellen und die Bedürfnisse seiner Zone abgelehnt. Der britische Oberbefehlshaber Sir Sholto Douglas hat diesen Fragebogen für wirtschaftlich wertlos erklärt, die amerikanische Besatzungszone beantwortet.

SPD und Wirtschaftsrat
Frankfurt, 6. Aug. (Dena). Die CDU wird, wie am 5. August in der badischen Zeitung bekannt wird, nicht einmal eine SPD-Delegation unternehmen, die SPD zur Übernahme der Verantwortung im Wirtschaftsrat zu veranlassen.

In Kreisen der CDU hielt man es für möglich, daß Ludwig Metzger (SPD) der als Vorsitzender des Exekutivrats des Wirtschaftsrats großen Einfluß auf die Direktorenwahl hat, in Hannover von dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher neue Anwendungen zu erhalten wird, die unter Umständen eine Wiederholung des Wirtschaftsrats Bisher besteht die SPD jedoch, wie Herbert Kriedemann von der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat mitteilt, auf der Forderung, die Gewählte des Exekutivrats in allen Ländern der Bizone zu behalten, als auch den Posten des Zweizeiten-Wirtschaftsdirektors zu besetzen.

USA trägt britische Besatzungskosten
England kann volle Dollarlast nicht mehr tragen
Frankreich soll erhöhter Industrieproduktion zustimmen

Paris, 6. Aug. (Dena-INS). Für die zukünftige amerikanische Politik gegenüber Deutschland zeichnen sich die Ergebnisse einer stattfindenden Konferenz hoher amerikanischer Diplomaten zwei Hauptpunkte aus. Die beiden Schlüsselprobleme sind, wie ein Gewährsmann der INS-Korrespondenz Kingsbury Smith mitteilt, erstens, 1. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sofort und für die Zukunft die Besatzungskosten der britischen Zone Deutschlands zum Teil zu tragen haben.

2. Der französische Regierung muß nahegelegt werden, sich zu einer erhöhten deutschen Industrieproduktion bereit zu erklären, damit die Kohlenförderung in ihrer Bedeckung der höchsten Vertreter des amerikanischen Außenministeriums in Europa scheitern im allgemeinen über diese Punkte übereinstimmen. Der Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten, William L. Clayton, soll bereit sein, für die in den Richtlinien in Washington einzustimmen.

Die erste Schlüsselfolgerung gründet sich auf die Mitteilung der britischen Regierung an amerikanische Diplomaten, wonach Großbritannien nicht mehr länger in der Lage ist, die volle Dollarlast seiner Besatzungskosten zu tragen. Als Ausgleich für diese Notlage wird von den Vereinigten Staaten jedoch erwartet, daß Großbritannien den amerikanischen Plan über die Neuorganisation der Leitung der Ruhrbergwerke annimmt, um eine erhöhte Produktion zu ermöglichen. Diese Angelegenheit liegt zur Beratung von britischen Außenminister George Marshall und dem amerikanischen Präsidenten Truman zur Entscheidung vor.

Es ist unwahrscheinlich, daß die amerikanischen Truppen in der britischen Zone zu Besatzungszwecken eingesetzt werden, da nach Londoner Berichten die britische Regierung keine größere Herabsetzung ihrer Besatzungskosten in Deutschland beabsichtigt. Die Konferenz war sich bald darin einig, daß eine erhöhte Ruhrkohlenförderung ab sofort notwendig für eine Gesundung Europas ist. Dieses Programm müsse selbst dann ermöglicht werden, wenn ein Teil dieses Planes eine höhere Stahlproduktionsquote erfordere. Amerikanischerseits hält man eine schnelle Steigerung der täglichen Kohlenförderung für gegenwärtig 235 000 t Kohle auf 300 000 t für möglich und als Ziel der amerikanischen Politik.

Die Geschütze in Indonesien schweigen
Holländer stellten Vormarsch ein — Die Unruheherde Griechenland und Palästina

Batavia, 6. Aug. (Dena). Das Hauptquartier der niederländischen Streitkräfte hat am 4. d. Mts. bekanntgegeben, daß die niederländischen Truppen an allen Fronten in Java und Sumatra ihren Vormarsch eingestellt haben.

Die indonesische republikanische Regierung beschuldigt die Holländer jedoch, sich die Infraktion des Waffenstillstands am 1. d. Mts. nicht erwidert zu haben. „Süßrausaktionen“ durchgeführt zu haben. Der stellv. republikanische Premierminister Dr. A. K. Gani hat den früheren republikanischen Premierminister R. S. Sjahrir, der sich auf dem Wege nach Batavia befindet, telegrafisch ersucht, den Sicherheitsrat von diesen Operationen in Kenntnis zu setzen.

Ein Vertreter der niederländischen Behörde erklärte am Dienstag von niederländischer Seite seien auf der Insel Maduro, auf der am vergangenen Montag niederländische Truppen gelandet sind, Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Der Oberkommandierende der niederländischen Streitkräfte, General van Spoo, hat einen Aufruf erlassen, in dem er auf hinweist, es sei die Pflicht der niederländischen Streitkräfte, den Waffenstillstandsbefehl einzuhalten.

Die indonesische Gewerkschaftsbund hat am Dienstag den Weltgewerkschaftsbund ersucht, den Weltgewerkschaftsrat zur Entsendung einer Kommission nach Indonesien aufzufordern, welche die Durchführung des Waffenstillstandsbefehls überwachen soll.

Erhöhung griechischer Streitkräfte
Athen, 6. Aug. (Dena-Reuters). Die griechische Verteidigungsministerie erörtert gegenwärtig, die palästinensische Regierung hat das Verlassen des Landes für alle Juden verboten.

Agypten verlangt volle Souveränität
England erklärt den Vertrag von 1936 als freiwillig abgeschlossen und bindend

New York, 6. Aug. (Dena-Reuters). Der Weltgewerkschaftsrat eröffnete am 5. August seine Verhandlungen über die Beschwerte Ägyptens gegen Großbritannien.

Zu Beginn der Besprechungen begründete der ägyptische Premierminister Nokrassya Pascha die Beschwerte seines Landes und erklärte, die gegenwärtige Spannung zwischen beiden Ländern gefährde den Weltfrieden und die Sicherheit.

Nachdem Nokrassya Pascha einen historischen Überblick über die britisch-ägyptischen Beziehungen gegeben hatte, betonte er, daß die Bedingungen des anglo-ägyptischen Vertrags von 1936 mit der UN-Charta nicht vereinbar seien, da der Vertrag die volle Souveränität Ägyptens nicht anerkannte. Nokrassya Pascha forderte im Namen seines Landes den Sicherheitsrat auf, unverzüglich und bedingungslos die Rückziehung aller britischen Streitkräfte aus

NEUESTE NAHRICHTEN

Winston Churchill kritisiert britische Politikführung gegenüber Deutschland

Engere Verbindung Englands mit USA / Unterhaus warnt vor „Balkanisierung“ Deutschlands / „Teilung Deutschlands keine Basis für November-Konferenz“

London, 6. Aug. (Dena-Reuters). Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 4. August zur britischen Politik gegenüber Deutschland, die Briten hätten ihre eigene Angelegenheiten zu übernehmen und ihnen jegliche Hilfe zu geben. Das gibt ihnen die Möglichkeit, Großbritannien für alles Elend verantwortlich zu machen, an dem sie doch selber Schuld sind. Die Haltung der Deutschen gegen Großbritannien werde sich in einem tiefen Haß, der sich mit Verachtung mische, wenn sie erfahren, daß 88 Millionen Pfund Sterling im unerlaubten Handel mit Zigaretten und Valuta verlohren gegangen sind.

Die Unterhausdebatte über die britische Verwaltung in Deutschland und Österreich begann am 4. August mit einer Kritik des konservativen Abgeordneten Dr. J. McMillan. McMillan bezeichnete die britische Verwaltung in Deutschland als so schlecht, daß sie Großbritannien dazu zwingen könnte, sich aus Deutschland zurückzuziehen. Der Grund sei, daß das siegreiche Großbritannien nach zwei Jahren sozialistischer

Regierung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Er empfahl zur wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der westlichen Besatzungszone Deutschlands die Wiedererrichtung eines obersten Hauptquartiers der alliierten Streitkräfte, dessen Chef der Chef des amerikanischen Generalstabs, General Dwight D. Eisenhower, sein sollte. McMillan betonte, daß Frankreich an allen britischen und amerikanischen Plänen für eine Einheit in Westdeutschland als gleichberechtigter Partner beteiligt werden müsse und warnte vor einer „Balkanisierung“ Deutschlands als Folge seiner Aufteilung in wirtschaftlich unabhängige Einzelteile.

Außenminister Bevin lehnte den Vorschlag McMillans für die Errichtung eines obersten Hauptquartiers ab. Seiner Ansicht nach, sagte Bevin, müsse man den Deutschen Schritt für Schritt die Verwaltung in die Hände geben, bis eine verantwortliche Regierung in Deutschland bestehe, mit der man verhandeln könne. Er billigte nicht eine solche nicht als Ausgangspunkt der im November stattfindenden Außenministerkonferenz ansehend.

Die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien bezeichnete Bevin als einen Vorteil für Deutschland, da der Einsatz dieser Kriegsgefangenen auf Nahrungsarbeiten für die Wehrmacht an Nahrungsmitteln erhöhen ließe.

Zu Frage des zukünftigen Besitzes der Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet erhob Bevin mehrere Fragen. Wer soll Eigentümer der Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet sein, die ehemaligen Leiter der Schwerindustrie, die Krupp oder ihre Familien oder diese Art von Leuten das Eigentum zurück erhalten? Was wird Frankreich dazu sagen? Was wird von Ständpunkt der Sicherheit aus gesehen, ohne eine Kontrolle gesehen? Ich bin durchaus dafür, sagte Bevin, eine neue und zweckdienliche Verwaltung für die Ruhrindustrien aufzubauen und das Eigentumrecht der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Frage über den zukünftigen Besitz der Kohlenbergwerke sei bereits klargeht. Was die deutsche Bevölkerung betrifft, so ist es nicht die Absicht der britischen Regierung, jetzt oder in Zukunft an Vergeltung zu denken.

General Clay fordert geeignete Gesetze, die Landesverfassung durchzuführen

Militärregierung hält Aufrechterhaltung der Brottration für äußerst wichtig — Ministerpräsidentenempfang doch erwünscht

Stuttgart, 6. Aug. (Eigenbericht). General Clay begrüßte der Länderrat zu seiner 23. Sitzung. Er wies auf die Schwierigkeiten in der Vergangenheit hin, die sich bei der Gesetzgebung auf Zonenbasis ergeben haben. General Clay glaubt, daß dies zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß die Militärregierung zu große Beschränkungen auferlegt habe. Der Länderrat sei durch den Rat des parlamentarischen Rates stark unterstützt worden und die Militärregierung werde die abgeleiteten Gesetze noch einmal überprüfen. Andererseits bittet General Clay den Länderrat, in Zukunft bei den Gesetzen, die auf zonen einheitlicher Basis erlassen werden sollen, die bei der Erarbeitung berücksichtigt werden. General Clay ging dann auf die Lebensmittelbeschaffung ein. Das größte Problem sei die Transportfrage der Ernte. Jeder Lastkraftwagen müsse kontrolliert werden, ob er für den Lebensmitteltransport eingesetzt sei.

Obgleich der bizonale Ernährungs- und Landwirtschaftsrat Besorgen habe, die Brottration bei der gegenwärtigen Vorratslage überall voll aufzuführen, halte dies die Militärregierung jedoch für äußerst wichtig und habe die Verantwortung übernommen, die ganze Brottration aufzurufen zu lassen. Seit 7 Monaten arbeiten die Landtage, es ist jetzt notwendig, auch Gesetze zu erlassen, die geeignet seien, die Verfassungen der Länder durchzuführen.

US-Standpunkt zur Kennkartenföhlung
Was die Kennkartenföhlung betrafte, so könne er den Unwillen der vom Gesetz Betroffenen verstehen, mit den Militärläutern in diese Gruppe zugehörig zu werden. Aber man habe die Absicht, durch Amnestien usw. diesen Leuten ihre vollen Staatsbürgerrechte wiederzugeben und das gebe nur durch Toleranz und ohne jegliche Diskriminierung. Geeigneten Gegenvorschlägen würde die Militärregierung jedoch ihre volle Beachtung schenken. Alles was eine Vereinfachung und Beschleunigung der Kennkartenföhlung bedeute, würde von der Militärregierung berücksichtigt werden. Der Entwurf der Verordnung zur Kennkartenföhlung im allgemeinen ohne Einzelheiten besprochen worden. Grundsätzlich habe sich in der Stellung der Militärregierung

für die Entnazifizierung nichts geändert, sie müsse durchgeführt werden. Die Lebensmittelläden in den internierten Lagers seien deshalb in ihrer Höhe belassen worden, weil die Internierten keine Möglichkeit hätten, sich notwendige Lebensmittel wie Obst usw. zu besorgen und auch keinen Zugang zum Schwarzmarkt hätten.

Dem Gerücht, daß in Frankfurt für 30 000 Leute Wohnungen umzusetzen seien, glaubte General Clay nicht, er bekomme nicht mit dem 300 Zimmer für den Ernährungs- und Landwirtschaftsrat. Der Protest der Zeitungsverleger der amerikanischen und britischen Zone, keine Zeitungen aus den übrigen Zonen herauszugeben, verurteilte General Clay zu der Bemerkung, dies sei ein guter Grund, mehr Papier zu verlangen. Es komme übrigens auch auf die Qualität des Geschriebenen an. Auf die Frage, ob der Reichsrat Kontrollrats, die Ministerpräsidenten nicht zu empfangen, sei er erwiderte General Clay, im Prinzip sei sich einig, sie zu empfangen, man sei sich nur noch nicht schlüssig, was sie vorzubringen hätten.

Zonen einheitliche Gesetze
In der 23. Länderratssitzung wurde der Entwurf eines Gesetzes über Vergünstigungen für schwerbeschädigte angenommen. Am Donnerstag wird ein Vorschlag weitergeleitet, einige Industrien, bei denen besondere Mißverhältnisse bei den Löhnen herrschen, als sogenannte Problem-Industrien, als solche anzuerkennen und Lohnerhöhungen für US-Zone und den Reichsrat. Die parlamentarische Rat stimmte der beschleunigten Erhöhung der Löhne dieses Zweige bei, ohne sie jedoch als zureichend zu erachten. Der Länderrat nahm ferner in einem Beschluß die Aufgabe der Gesellschaft zur Erfassung von Rüstungsgut an.

Auf Antrag der US-Zone wird eine Arbeitsgemeinschaft der deutschen Pflichtverwaltungen entsprechend den Beschlüssen der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz gebildet. Auf der Tagesordnung stand noch das Gesetzgebungsverfahren in der Zonen einheitlichen Wirtschaftsgesetzgebung. Die Abänderung des Reichsleistungsgesetzes und die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz für Fürsorgekosten zonen einheitlich genehmigt werden. Der Entwurf eines Gesetzes über die Einbindung der Zonen einheitlichen Pfandbriefen und Komm. Obligations wurde ebenfalls genehmigt.

Zum erstmaligen wurde in einer Länderratssitzung über die interne Sitzung der Ministerpräsidenten mit General Clay befragt. Der württembergische badische Landespräsident Kell hatte ebenfalls daran teilgenommen.

General Clay wurde der deutsche Standpunkt zur Entnazifizierung mit aller Entschiedenheit und allen Abstufungen ausgedrückt. Die Entscheidungen der Heidenheimer Beschlüsse wurden im württembergischen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus und die dazugehörigen Entschlüsse, die wesentlich weiter gehen als die Heidenheimer Beschlüsse, unterbreitet, und er hat sich erklärt, diese Vorschläge zu prüfen, um sie in der nächsten Länderratssitzung zur Sprache zu bringen. Da die Militärregierung mit der Entnazifizierung, wie sie derzeit vorgesehen ist, nicht einverstanden ist, können wir Hoffnung auf Verständnis haben, äußerte der württembergische badische Landtagspräsident.

Das Ziel der anglo-amerikanischen Ruhr-Beschprechungen

Washington, 6. Aug. (Dena-INS). Das Ziel der hier am 4. August beginnenden britisch-amerikanischen Besprechungen über den Ruhrbergbau ist zunächst die Vereinbarung von Maßnahmen, mit deren Hilfe die tägliche Fördereleistung der Ruhrkohlenfelder in den nächsten Monaten auf 300 000 Tonnen und bis zum Januar des kommenden Jahres auf 350 000 t gesteigert werden kann, wie INS vom US-Außenministerium erfährt.

Die britische Delegation unter Leitung von Sir William Strang, dem politischen Berater des britischen Oberbefehlshabers in Deutschland, wird am kommenden Montag zur Teilnahme an den Besprechungen einreisen. Für die amerikanische Regierung wird der stellv. Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, William T. Borden, die Verhandlungen leiten. Man erwartet, daß Großbritannien angesichts seiner schwierigen Wirtschaftslage die Übernahme eines Teiles der mit der Besetzung des Ruhrgebietes verbundenen Lasten durch die USA anregen wird. Der amerikanische Außenminister Marshall hat erklärt, die USA würden vorschlagen, daß deutsche Fachleute auf Grund ihrer Kenntnisse unter Aufsicht der Besatzungsmächte in der Verwaltung der Gruben beschäftigt werden sollten.

Washington, 6. Aug. (AP). Das US-Staatsdepartement gab am 4. August bekannt, daß der Beginn der britisch-amerikanischen Konferenz über die Ruhrkohlen-Produktion gegenwärtig für den 12. August in Washington vorgesehen ist.

US-Militärregierung zum Angriff gegen Niemöller

Berlin, 6. Aug. (Dena). Die amerikanische Militärregierung für Deutschland hält die Position Pastor Niemöllers nicht für wichtig genug, um seinem Ausschluss aus der VVN irgendwelche Bedeutung beizumessen, erklärte der stellvertretende Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung für Deutschland am 4. August. Die Zwistigkeiten zwischen Pastor Niemöller und einigen Mitgliedern der VVN lägen nicht auf religiöser Ebene und müßten daher als eine private Auseinandersetzung zwischen Deutschen angesehen werden.

Die Demokratie begann bei uns in der amerikanischen Zone mit dem in Winter und Frühjahr 1946 seit 15 Jahren zum erstenmal wieder durch allgemeine Volkswahl durchgeführten Gemeindevahlen. Der Anfang mit der Demokratisierung der Gemeindevverwaltung war durchaus richtig. Der zukünftige Staat sollte und mußte sich von der Wurzel her demokratisch aufbauen. Mit dieser ersten Wahl war der demokratische Aufbau in Angriff genommen. Die Gemeindevorgänge wurden nach der materiellen und personellen Seite hin einer wesentlichen Änderung unterzogen, nicht zuletzt auch aus dem Gesichtspunkt heraus, Verwaltungsarbeiten mit dem notwendigen menschlichen Gefühl zu erfüllen. Diese letztere Aufgabe scheint noch nicht überall und nicht gänzlich erreicht zu sein, so wenig wie der von der Demokratie geforderte anständige Mensch, der gewiß in vielen Exemplaren die Gegend bevölkert, schon zum Idealtypus unseres öffentlichen Lebens geworden ist.

Nun soll, wie wir hören, am 7. Dezember durch Stadtrats- und Gemeinderatswahlen und zwar auch in Baden nach dem württembergischen Wahlrecht über das ganze Land hinweg die personelle Erneuerung der Gemeindevorgänge erfolgen. Damit man sich aber an das demokratische Recht gewöhnt, und Auswahlen gewöhne, sollen dann die Sonntage der Monate Januar, Februar, März und folgende dazu benutzt werden, die Bürgermeister in den einzelnen kleinen und großen Gemeinden zu wählen, wofür dann nicht mehr als Wahlkollegium wie bisher die Gemeinderäte, sondern das gesamte Wahlvolk aufgerufen wurde. Dazu kämen dann die auf den 25. April für die Kreisangehörigen Gemeinden festgesetzten Kreistagswahlen und vielleicht noch weitere Wahlgänge, Landratswahlen ebenfalls zu Volkswahl stempel, für alle Gemeinden außer den vier kreisfreien größten Städten Nordbadens, die Landratswahlen.

Wenn man bedenkt, daß bei den Bürgermeisterrahlen zur Erreichung einer absoluten Mehrheit in vielen Fällen zwei Wahlgänge erforderlich sein könnten, so ergibt sich aus dieser Planung ein Wahlprogramm von erheblichem Ausmaß. Das würde nicht nur eine starke Belastung des öffentlichen Lebens, sondern auch eine Inanspruchnahme der Parteien von ganz besonderem Grad sein. Man könnte unschwer, so wie es früher in der Weimarer Zeit ebenfalls war, die Kreiswahlen mit den Gemeindevahlen verbinden, so daß mindestens den kreisangehörigen Gemeinden ein Wahlgang erspart sein würde. Das Wählen ist eine durchaus gute und notwendige demokratische Einrichtung — wir sehen das insbesondere in unserer Nachbarland, der Schweiz —, aber man sollte eine solche Institution in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch häufigen Gebrauch nicht allzu stark abnutzen. Deshalb wäre auch eine zeitliche Konzentration dieser gesamten Wahlgänge auf den ausgedehnten Winter und das Frühjahr des kommenden Jahres dringend geboten. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet 7. Dezember schon allgemeine Gemeindevahlen stattfinden sollten. Gerade die jetzigen Gemeindevahlen, die die Gemeindevorgänge für eine längere Zeit bestellen, bedürfen einer besonders sorgfältigen öffentlichen und personellen Vorbereitung. Das braucht Zeit, auf alle Fälle mehr Zeit, als bis zum 7. Dezember zur Verfügung steht. Dazu kommen aber noch die wesentlichen Änderungen im Gemeindevahlrecht, die nicht im bürokratischen Geheim- und Schnellverfahren verordnet, sondern gründlich beraten und zum Allgemeinut des Volkes gemacht werden müssen.

Schon die Absicht der Übertragung des württembergischen Wahlrechts auf Nordbadens bedarf einer gründlichen Überprüfung. Es würde bedeuten, daß von dem streng gebundenen Parteiliste, wie sie bisher in Baden Vorschrift war, zugunsten der unbegleiteten Parteiliste abgegangen würde. Man könnte also, genau wie es bisher in Württemberg der Fall war, kandidatenpanachieren, d. h. auf einer Parteilistewahl einen besonders bevorzugten Kandidaten mit mehreren Stimmen auszeichnen und Stimmen aus anderen Wahlvorschlägen auf die in Aussicht genommene Parteiliste übertragen. Dieses Verfahren hätte zwar den Nachteil der Unübersichtlichkeit und der Erschwerung der Feststellung des Wahlergebnisses, würde aber zu gleicher Zeit dem Wähler in der Auswahl der Persönlichkeiten eine größere Freiheit verliehen. Dazu könnten die Baden immerhin zu bedenken geben, daß sich die früher in Baden als Gemeindevollkollegien neben dem Gemeinderat vorhandenen Bürgerausschüsse durchaus vielmehr stärker besetzt als die Gemeinderäte, verlagerten damit die Verantwortung für die Kommunalpolitik auf breitere Schultern und waren gerade für die heranwachsende Generation eine ausgezeichnete Vorstufe für die praktische Politik.

Eine grundsätzliche Änderung gegenüber der bisherigen Praxis der Wahl der Bürgermeister durch die Gemeinde- bzw. Stadträte wäre die Wahl durch alle Wahlberechtigten. Es sprechen viele Überlegungen dafür, die Verantwortung für die Bestellung des ersten Repräsentanten der Gemeinde der Gesamtwahlerschaft zu übertragen. Das Volk soll den, den es als den Besten ansieht, an die Spitze der Gemeindevverwaltung berufen. Das ist durchaus demokratisch und verleiht dem Gemeindevorstand eine besonders starke Stellung im Rahmen der Gemeindevverwaltung. Man sieht aber darüber im klaren sein, daß diese direkte Wahl dem Volk auch eine ganz besonders große Verantwortung für die Geschicke der Gemeinde auferlegt.

Alle diese Fragen müssen vor den nächsten Gemeindevahlen gründlich geklärt werden. Wenn Südbaden vor einig Zeit innerhalb kurzer Frist eine neue Gemeindevordnung durch Parlamentsbeschluss eingeführt hat, so ist nicht zu ersehen, warum nicht auch Baden-Württemberg vor Abschlus der nächsten Wahlen alle die damit zusammenhängenden Fragen der Gemeindevordnung einer gründlichen parlamentarischen Beratung und Beschlussfassung unterziehen sollte. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, daß bereits allerhand Wahltermine genannt werden, während man sich über die grundsätzlichen Fragen keineswegs geeinigt hat, und die Städte und Gemeinden noch nicht gehört wurden. Sollte man vielleicht deshalb den Wahltermin so kurz angesetzt haben, um aus der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit das Recht auf Ausschaltung des Landtags herzuleiten? Oder sollte das Parlament im Wege des Ermächtigungsgesetzes alles Weitere der Regierung in Stuttgart überlassen, um am Schluss zu allem ja und Amen zu sagen? Davon müßte mit aller Entschiedenheit abgesehen werden!

Die politisch verfolgten württemberg Kennkartenföhlung

Stuttgart, 6. Aug. (Dena). „Kein bei der VVN registrierter politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter läßt sich seine Kennkarte lösen“, heißt es in einer Entscheidung, die auf einer Kreisversammlung der VVN Stuttgart gefaßt und am Dienstag der Dena übergeben wurde.

Im Telegrammstil

Washington. Eine allgemeine Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland wird, wie am 5. August in der amerikanischen Hauptstädte angekündigt wurde, wahrscheinlich erst dann erfolgen, wenn das amerikanische Außenministerium die Verwaltung der US-Besatzungszone vom Kriegsministerium übernommen hat. (Dena-INS).

London. Die Sowjetunion und Polen unterzeichneten am 4. d. Mts. ein neues einjähriges Handelsabkommen, das die Lieferung russischer Rohstoffe an Polen in Austausch für polnische Fertigwaren vorsieht. (AP).

Paris. Die Bildung einer Zollunion für die 16 Nationen, die an den Pariser Besprechungen über den Marshall-Plan teilnehmen, wird, wie aus gut unterrichteten Kreisen der Konferenzteilnehmer verlautet, möglicherweise bald auf die Tagesordnung der Pariser Ausschüsse gesetzt werden. (Dena-Reuters).

Genf. Das Vermögen des Völkerbundes in Höhe von 111 424 730 Schweizer Franken, unterteilt auf 212 540 Dollar, ist in der Hauptversammlung der Vereinten Nationen und dem internationalen Arbeitsamt übertragen worden, wie der letzte Generalsekretär des Völkerbundes am 4. August mitteilte. (AP).

Wien. Sowjetische Besatzungstreitkräfte übernahmen in der Nacht von Freitag auf Samstag Österreichs größte Urzfabrik in der Lobau in der sowjetischen Besatzungszone außerhalb Wiens. (Dena-Reuters).

Baden-Baden. Zwischen der französischen Besatzungszone Deutschlands und Norwegen wurde am 4. August ein Handelsabkommen unterzeichnet. (Dena-Reuters).

Berlin. Der SED-Vizepräsident Karl Litke in der Kommission, die der alliierten Kommandantur die Vorschläge zur Selbstverwaltung Berlins im März '46, August vorgelagert sind, verließ am Sonntag die Sitzung der Kommission. Damit wird die Eingabe ohne die Unterschrift der SED vorgelegt werden. (Dena).

Karlsruhe an der Schuttbahn

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ war die in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen durch den damaligen Verkehrsverein zuerst als Werbeprospekt in die Welt hinausgetragene und später offiziell sanktionierte Standardbezeichnung der ehemaligen badischen Landeshauptstadt...

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“.

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen.

Zeitgemäß und durchaus berechtigt aber wäre „Karlsruhe an der Schuttbahn“. Unter den kriegsbeschädigten deutschen Städten war Karlsruhe mit der ersten Stadterneuerung, dem systematischen Enttrümmerung und Schuttabbau begonnen und dafür eigens eine heute schon weithin bekannte Schuttbahn mit einer Streckenlänge von sieben Kilometern gebaut hat.

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ ist heute für viele, die in der Bombenschadensferne einen Lebensauftrag erblickten, eine Sehenswürdigkeit, die wir auch dem wiedererstandenen Verkehrsverein zur propagandistischen Auswertung anheimgeben wollen.

Badischer Schachkongress in Durlach beendete

Max Eisinger-Karlsruhe „Meister von Baden“

Der 2. Badische Schachkongress, der vom 27. Juli bis 1. August alle Schachfreunde aus Baden in Karlsruhe-Durlach zum friedlichen Geisteswettkampfe vereinte, hat mit seiner mannigfaltigen und abwechslungsreichen Durlacher Schachwoche in dem schönen Buch badischer Schachgeschichte eine würdige Seite gesichert.

Wemütige Erinnerungen und verpflichtende Aufgabe

Lichtbildvortrag von F. Hugenschmidt über Alt-Karlsruhe

Wenn F. Hugenschmidt, der badische Denkmalspfleger, das Wort zu einigen Lichtbildern über Karlsruhe ergreift, so darf seine Hörschaft sicher sein, wenn sie ihm zuhört, wird sie auch durch die ihm an die Hand gegebenen Erinnerungen und Neuigkeiten über die Menschen und Schicksale, durch die sie erst eigentlich lebendig werden.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder wärmer und trockener. Vorhersage bis Freitag: Anfangs wolkig, zeitweise heiter und im wesentlichen trocken.

Resultate der einzelnen Turniere

Meisterturnier (14 Teilnehmer): 1. Max Eisinger, Karlsruhe, 14 Punkte; 2. Zirn, Ivesheim, 9 1/2 Punkte; 3. bis 4. Dr. Duhm, Karlsruhe, und Dr. Lauterbach, Heidelberg.

Rheinwasserstände

8. August 1947: Konstanz 377 + 3, Breisach 185 + 1, Kehl 265 + 1, Mannheim 246 - 12, Caub 134 - 7.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe: Wieder wärmer und trockener. Vorhersage bis Freitag: Anfangs wolkig, zeitweise heiter und im wesentlichen trocken.

Resultate der einzelnen Turniere

Meisterturnier (14 Teilnehmer): 1. Max Eisinger, Karlsruhe, 14 Punkte; 2. Zirn, Ivesheim, 9 1/2 Punkte; 3. bis 4. Dr. Duhm, Karlsruhe, und Dr. Lauterbach, Heidelberg.

Rheinwasserstände

8. August 1947: Konstanz 377 + 3, Breisach 185 + 1, Kehl 265 + 1, Mannheim 246 - 12, Caub 134 - 7.

KURZE STADTNOTIZEN

Unterernährung und Hitze erzeugen Hirngespinnste

Eine auffällige Erscheinung unserer Notzeit ist seit einiger Zeit die Unruhe in kindlichen Gehirnen. In kindlichen Gehirnen bildet eine blutdürstige Phantasie, die zur Folge hat, dass schreckliche Gerüchte in der Kindheit weitverbreitet werden. Kinder von einigen Tagen im Hardtwald, einen Mann gesehen haben, der einen abgemagerten Mädelkopf an zwei schwarzen Äpfeln trug.

2. Division von Mil.-Reg. lizenziert

Die 2. Division wurde von der Militärregierung lizenziert und spielt in zwei Abteilungen zu je zehn Vereinen. Das Einverständnis der Oberliga liegt vor. Näheres folgt!

Mißbrauchte Gastfreundschaft

Ein junger Mann mißbrauchte die Gastfreundschaft, die ihm eine Familie dadurch gewährte, daß sie ihm ein Nachquartier zur Verfügung stellte, in gebührender Weise. Als er in den letzten Tagen einige Tage bei der einjährigen Tochter allein in der Wohnung gelassen wurde, nutzte er sie unter Anwendung roher Gewalt.

Tödlicher Sturz

Ein 76jährige Frau stürzte in den Abendstunden in ihrem Garten über einen gespannten Draht. Hierbei erlitt sie einen Schädelbruch, zu dessen Folgen sie starb.

Gestohlene Diebe

Ein Ladendieb entwendete im Kaufhaus Union verschiedene Gegenstände. Der Dieb wurde hierauf von einer Verkäuferin erwischt. Er gab der Verkäuferin einen Schlag in die Seite und ergriff die Flucht. Der Kriminalpolizei gelang es, ihn in den Trümmern des alten Rathauses festzusetzen.

Denken „Landboten“ nur an sich?

Württembergisch-badische Frühlingskaufleute gegen direkten Bezug von Kernobst

Der Landesverband württembergisch-badischer Gemüse- und Frühlingskaufleute erhob in Stuttgart am Mittwoch auf einer Professorentsprechung Einspruch gegen einen Landtagsbeschluss, wonach der Verbraucher Kernobst direkt vom Erzeuger beziehen kann.

Lebensmittelauftrufe für 4. Woche

Für die vierte Woche der 104. Zuteilungsperiode werden in Württemberg-Baden nach Mitteilung des Ernährung- und Landwirtschaftsministeriums folgende Rationen aufgeführt: Brot: Normalverbraucher 1500 g, Jugendliche 2000 g, Kinder 2500 g.

Forenstellung für Einkäuferkartoffeln

Auf die im heutigen Anzeigenteil erscheinende Bekanntmachung der Ernährungsämter Karlsruhe-Stadt und -Land über die Vorbestellung der Einkäuferkartoffeln, welche ein Bewusstsein wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für die Vorbestellung beim Erzeuger nur Erzeuger aus Baden in Betracht kommen.

Retreten des Flughafengeländes verboten

Das Betreten des Flughafengeländes insbesondere des Rollfeldes ist verboten. Übertreten des Verbotes geschieht auf eigenes Risiko.

Um die Existenz der Karlsruher TH

Finanzausschuß des Landtages befaßt sich nicht weiter mit der Frage

In einer Mitteilung der „Neuen Zeitung“ vom 4. August 1947 wird zu lesen: In Württemberg-Baden wird erwogen, eine der Technischen Hochschulen - Stuttgart oder Karlsruhe - zu schließen, da die Nachfrage nach akademischem Nachwuchs geringer sei als die Zahl der eingeschriebenen Hörer.

Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Franz Schmidt

In den letzten Julitagen wurde in Freiburg im Breisgau ein badischer Staatspräsidenten Wahlbeobachter, der Geheimer Rat Dr. C. Gröber, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Franz Schmidt, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Hirth, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Blausenbald.

Verberungen für Exporteure in Hannover

Aus Anlaß der am 18. August in Hannover beginnenden Exporteure sind aus der Exporteureliste folgende Firmen für deutsche Besucher, für Fabrikanten und für Regierungsvertreter in Hannover gemeldet worden.

Kohlenförderung im Juli leicht erhöht

Die dreipromtente Erhöhung der täglichen Steinkohlenförderung in der britischen Zone in der Zeit vom 1. bis zum 22. Juli verzeichnet der zweite Julibericht der US-Militärregierung für Deutschland. Die Tagesförderung an 5 1/4 t Kohle betrug im angegebenen Zeitraum 224 750 t (218 500 t).

Tagesförderung von Saarkohle

Die durchschnittliche Tagesproduktion an Kohle im Saargebiet betrug im Juli 1947 350 000 t und erreichte an einzelnen Tagen sogar 370 000 t. Damit beträgt der Tagesdurchschnitt 73,3 Prozent der Vorkriegsleistung.

Wiederaufbau des Duisburger Werkes

Die Duisburger Eisen- und Stahlwerke werden im Sommer 1947 wieder in Betrieb genommen. Die Produktion wird zunächst auf 100 000 t beschränkt sein.

Stahlsalz-Produktion Niedersachsens

Die Stahlsalz-Produktion Niedersachsens belief sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 100 000 t. Die Produktion wird im Juli 1947 auf 120 000 t gesteigert werden.

Limburger Glasblüte in Limburg/Lahn

Die Limburger Glasblüte in Limburg/Lahn wird im Juli 1947 wieder in Betrieb genommen. Die Produktion wird zunächst auf 100 000 t beschränkt sein.

Um die Existenz der Karlsruher TH

Finanzausschuß des Landtages befaßt sich nicht weiter mit der Frage

In einer Mitteilung der „Neuen Zeitung“ vom 4. August 1947 wird zu lesen: In Württemberg-Baden wird erwogen, eine der Technischen Hochschulen - Stuttgart oder Karlsruhe - zu schließen, da die Nachfrage nach akademischem Nachwuchs geringer sei als die Zahl der eingeschriebenen Hörer.

Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Franz Schmidt

In den letzten Julitagen wurde in Freiburg im Breisgau ein badischer Staatspräsidenten Wahlbeobachter, der Geheimer Rat Dr. C. Gröber, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Franz Schmidt, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Hirth, der Geheimer Rat Ministerialdirektor Dr. Blausenbald.

Verberungen für Exporteure in Hannover

Aus Anlaß der am 18. August in Hannover beginnenden Exporteure sind aus der Exporteureliste folgende Firmen für deutsche Besucher, für Fabrikanten und für Regierungsvertreter in Hannover gemeldet worden.

Kohlenförderung im Juli leicht erhöht

Die dreipromtente Erhöhung der täglichen Steinkohlenförderung in der britischen Zone in der Zeit vom 1. bis zum 22. Juli verzeichnet der zweite Julibericht der US-Militärregierung für Deutschland. Die Tagesförderung an 5 1/4 t Kohle betrug im angegebenen Zeitraum 224 750 t (218 500 t).

Tagesförderung von Saarkohle

Die durchschnittliche Tagesproduktion an Kohle im Saargebiet betrug im Juli 1947 350 000 t und erreichte an einzelnen Tagen sogar 370 000 t. Damit beträgt der Tagesdurchschnitt 73,3 Prozent der Vorkriegsleistung.

Wiederaufbau des Duisburger Werkes

Die Duisburger Eisen- und Stahlwerke werden im Sommer 1947 wieder in Betrieb genommen. Die Produktion wird zunächst auf 100 000 t beschränkt sein.

Stahlsalz-Produktion Niedersachsens

Die Stahlsalz-Produktion Niedersachsens belief sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 100 000 t. Die Produktion wird im Juli 1947 auf 120 000 t gesteigert werden.

Limburger Glasblüte in Limburg/Lahn

Die Limburger Glasblüte in Limburg/Lahn wird im Juli 1947 wieder in Betrieb genommen. Die Produktion wird zunächst auf 100 000 t beschränkt sein.

Vom Scheiden

Leider ein durchaus aktuelles Kapitel, das Scheiden und Geschiedenerwerden, ist interessant dabei besonders, wie die meisten dieser Aktionen ohne dramatische Höhepunkte und ohne schwierig-psychologische Fragenkomplexe gelöst werden können.

Man debattiert zumeist auf dem tatsächlichen Scheidungsgrade - darüber ist man sich meist vorher schon einig geworden -, dagegen anfangs der Ehekrieg oft auf neue, wenn das Scheidungsurteil in der Sprache kommt, wobei der Mann ein Knochtopf oder der Mann ein Knochtopf oder der Mann ein Knochtopf.

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“.

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen.

Zeitgemäß und durchaus berechtigt aber wäre „Karlsruhe an der Schuttbahn“. Unter den kriegsbeschädigten deutschen Städten war Karlsruhe mit der ersten Stadterneuerung, dem systematischen Enttrümmerung und Schuttabbau begonnen und dafür eigens eine heute schon weithin bekannte Schuttbahn mit einer Streckenlänge von sieben Kilometern gebaut hat.

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ ist heute für viele, die in der Bombenschadensferne einen Lebensauftrag erblickten, eine Sehenswürdigkeit, die wir auch dem wiedererstandenen Verkehrsverein zur propagandistischen Auswertung anheimgeben wollen.

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“.

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen.

Zeitgemäß und durchaus berechtigt aber wäre „Karlsruhe an der Schuttbahn“. Unter den kriegsbeschädigten deutschen Städten war Karlsruhe mit der ersten Stadterneuerung, dem systematischen Enttrümmerung und Schuttabbau begonnen und dafür eigens eine heute schon weithin bekannte Schuttbahn mit einer Streckenlänge von sieben Kilometern gebaut hat.

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ ist heute für viele, die in der Bombenschadensferne einen Lebensauftrag erblickten, eine Sehenswürdigkeit, die wir auch dem wiedererstandenen Verkehrsverein zur propagandistischen Auswertung anheimgeben wollen.

Falsche Fleischmarken

Vom Amtsgericht Karlsruhe wurde am 3. August 1947 ein Urteil gesprochen, das eine Metzgerin wegen Verstoßes gegen die Fleischmarkenverordnung verurteilt. Die Metzgerin hatte Fleisch in falschen Fleischmarken verpackt und verkauft.

Der Brand im Bienswald

Zu dem am Sonntag im Bienswald bei Berg ausgebrochenen Waldbrand sind die Ursachen ermittelt worden. Die Ursache war ein durch einen Zigarettenstummel verursachter Brand.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Leider ein durchaus aktuelles Kapitel

das Scheiden und Geschiedenerwerden, ist interessant dabei besonders, wie die meisten dieser Aktionen ohne dramatische Höhepunkte und ohne schwierig-psychologische Fragenkomplexe gelöst werden können.

Man debattiert zumeist auf dem tatsächlichen Scheidungsgrade - darüber ist man sich meist vorher schon einig geworden -, dagegen anfangs der Ehekrieg oft auf neue, wenn das Scheidungsurteil in der Sprache kommt, wobei der Mann ein Knochtopf oder der Mann ein Knochtopf.

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“.

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen.

Zeitgemäß und durchaus berechtigt aber wäre „Karlsruhe an der Schuttbahn“. Unter den kriegsbeschädigten deutschen Städten war Karlsruhe mit der ersten Stadterneuerung, dem systematischen Enttrümmerung und Schuttabbau begonnen und dafür eigens eine heute schon weithin bekannte Schuttbahn mit einer Streckenlänge von sieben Kilometern gebaut hat.

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ ist heute für viele, die in der Bombenschadensferne einen Lebensauftrag erblickten, eine Sehenswürdigkeit, die wir auch dem wiedererstandenen Verkehrsverein zur propagandistischen Auswertung anheimgeben wollen.

Als Karlsruhe noch großherzogliche Residenzstadt war, hieß es einfach „Karlsruhe in Baden“ zum Unterschied von „Karlsruhe in Schlesien“.

Nun sind der Rhein und der richtige Schwarzwald doch um Etliches von der eigentlichen Stadt Karlsruhe entfernt, und man sollte eher von Karlsruhe als der Stadt zwischen Strom und Berg, also zwischen Rhein und Schwarzwald sprechen.

Zeitgemäß und durchaus berechtigt aber wäre „Karlsruhe an der Schuttbahn“. Unter den kriegsbeschädigten deutschen Städten war Karlsruhe mit der ersten Stadterneuerung, dem systematischen Enttrümmerung und Schuttabbau begonnen und dafür eigens eine heute schon weithin bekannte Schuttbahn mit einer Streckenlänge von sieben Kilometern gebaut hat.

„Karlsruhe an der Schuttbahn“ ist heute für viele, die in der Bombenschadensferne einen Lebensauftrag erblickten, eine Sehenswürdigkeit, die wir auch dem wiedererstandenen Verkehrsverein zur propagandistischen Auswertung anheimgeben wollen.

Falsche Fleischmarken

Vom Amtsgericht Karlsruhe wurde am 3. August 1947 ein Urteil gesprochen, das eine Metzgerin wegen Verstoßes gegen die Fleischmarkenverordnung verurteilt. Die Metzgerin hatte Fleisch in falschen Fleischmarken verpackt und verkauft.

Der Brand im Bienswald

Zu dem am Sonntag im Bienswald bei Berg ausgebrochenen Waldbrand sind die Ursachen ermittelt worden. Die Ursache war ein durch einen Zigarettenstummel verursachter Brand.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.

Export-Messe Hannover 1947

Die Export-Messe Hannover 1947 wird am 18. August in Hannover eröffnet. Die Messe wird von der Industrie und Handelskammer Hannover ausgerichtet.